

Gesetz über die Versorgung des Kantons Basel-Stadt mit Energie und Trinkwasser durch die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz)

Inhalt

<i>I. Allgemeines</i>	3
1. Gegenstand	3
2. Grundsätze der Versorgung	3
3. Planung	3
4. Organisation	3
5. Finanz- und Kompetenzordnung	3
<i>II. Versorgungseinrichtungen und Anschluss</i>	4
1. Versorgungsnetze	4
2. Anschluss im allgemeinen	5
3. Anschluss an Fernwärme- und Gasversorgungsnetze	5
4. Anschlusskosten	6
<i>III. Lieferung und Bezug</i>	6
1. Lieferung	6
2. Benützungsverhältnis	7
3. Verträge mit ausserkantonalen Gemeinden	7
<i>IV. Besondere Pflichten</i>	7
1. Duldungspflicht	7
2. Haftung	7
<i>V. Preise und Gebühren</i>	8
1. Begriffe	8
2. Zuständigkeit	8
3. Grundsätze	8
4. Ausgestaltung der Preise	8
4a. Besondere Grundsätze für die Ausgestaltung der Strompreise	9
5. Ermittlung der massgeblichen Daten	9
<i>VI. Rechnung und Einsprache</i>	10
1. Rechnung	10
2. Einsprache	10
<i>VII. Einrichtungen im öffentlichen und in privatem Gebrauch</i>	10
1. Öffentliche Beleuchtung, öffentliche Uhren und öffentliche Brunnen ..	10
2. Hausinstallationen	10
<i>VIII. Übertragung von Aufgaben an Dritte</i>	11
<i>IX. Werkkommission</i>	11
1. Bestand und Wahl	11
2. Beschlussfähigkeit	11
3. Aufgaben	12
4. Verbindlichkeit der Anträge	12
<i>X. Ergänzende Vorschriften</i>	12

<i>XI. Schlussbestimmungen</i>	12
1. Änderungen bisherigen Rechts	12
2. Aufhebung bisherigen Rechts	12

Gesetz über die Versorgung des Kantons Basel-Stadt mit Energie und Trinkwasser durch die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz)

Vom 21. April 1988

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag seiner Kommission, erlässt folgendes Gesetz:

I. ALLGEMEINES

1. Gegenstand

§ 1. Dieses Gesetz regelt die leitungsgebundene Versorgung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Trinkwasser auf dem Gebiet von Basel-Stadt.

§ 2. Die Versorgung umfasst Bau, Betrieb und Unterhalt von Anlagen für Produktion, Speicherung, Transport und Verteilung, die Beteiligung an solchen Anlagen sowie die Beschaffung von Energie und Trinkwasser.

2. Grundsätze der Versorgung

§ 3. Die Versorgung soll sicher, umweltschonend, im Rahmen optimaler Energienutzung ausreichend und wirtschaftlich sein.

² Die Energieversorgung soll sich auf verschiedene Energieträger abstützen.

3. Planung

§ 4. Der Kanton plant die Energie- und Trinkwasserversorgung.

² Die Planung ist laufend zu überprüfen und auf die übrigen vom Kanton wahrzunehmenden Aufgaben abzustimmen, namentlich auf den Umweltschutz.

4. Organisation

§ 5. Die Energie- und Trinkwasserversorgung wird den Industriellen Werken Basel (IWB) übertragen.

² Die IWB sind eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit selbständiger Verwaltung, aber ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

³ Sie unterstehen der Aufsicht eines Departements.

5. Finanz- und Kompetenzordnung

§ 6. Die IWB sind nach unternehmerischen Grundsätzen zu führen.

² Die Einnahmen haben die Aufwendungen zu decken und die Bildung von Reserven zur wirtschaftlichen Absicherung zu ermöglichen.

§ 7. Überschüsse der IWB fallen in die Staatskasse.

² Fehlbeträge der IWB übernimmt der Staat.

§ 7a.¹⁾ Die IWB richten ihre Tätigkeit darauf aus, jedes Jahr einen Überschuss zur Deckung von längerfristigen Risiken und zur Erzielung eines angemessenen Gewinns zu erwirtschaften.

² Der Regierungsrat legt die Höhe des zu erzielenden Überschusses jährlich im voraus fest. Vorbehalten bleiben die Kompetenzen des Grossen Rates hinsichtlich Genehmigung von Voranschlag und Rechnung.

³ Der Überschuss beträgt maximal 5% sämtlicher Rechnungsbeträge der Energie- und Trinkwasserverkäufe der IWB.

§ 8. Der Voranschlag, der Jahresbericht mit den Planungsschwerpunkten für die kommenden Jahre und die Jahresrechnung der IWB unterliegen der Genehmigung des Grossen Rates.

² Über neue Ausgaben wird im ordentlichen Bewilligungsverfahren entschieden.

II. VERSORGUNGSEINRICHTUNGEN UND ANSCHLUSS

1. Versorgungsnetze

§ 9. Die Versorgungsnetze werden in dem im Zonenplan ausgeschiedenen Baugebiet erstellt.

² Ausserhalb dieses Gebietes werden Netze erstellt, wenn öffentliche Interessen es erfordern oder wenn ein Bezüger auf die Versorgung angewiesen oder dazu verpflichtet ist und die vollen Kosten entrichtet.

³ Damit ein Netz ausgebaut werden kann, müssen ausserdem folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Betriebliche Notwendigkeit oder
2. a) Vorhandensein genügender Energie- und Trinkwassermengen,
b) genügende Leistungsfähigkeit der bisherigen Versorgungsanlagen, an die der neue Netzteil angeschlossen werden soll, und
c) Wirtschaftlichkeit des neuen Netzteils.

§ 10. Im Nahbereich der Fernwärmeversorgung kann auf eine Erneuerung von Gasversorgungsanlagen verzichtet werden, wenn aufgrund der örtlichen Netz- und Bezugsverhältnisse die Umstellung auf andere leitungsgebundene Energieträger zumutbar ist.

² Wenn ein Grundeigentümer die Hausinstallationen und Anschlussleitungen wegen des Wegfalls der Gasversorgung auf andere Energieträger umrüsten muss, so wird er vom Kanton zu Lasten der IWB-Rechnung angemessen entschädigt.

³ In Härte- oder Bagatellfällen kann die Umrüstung vollständig vom Kanton finanziert werden.

¹⁾ § 7a eingefügt durch GRB vom 16. 12. 1992 (wirksam seit 31. 1. 1993).

⁴ Die Entschädigung wird von den IWB durch Verfügung festgelegt, wenn mit dem Grundeigentümer keine Abmachung getroffen werden kann.

§ 11. Die Inanspruchnahme von Allmend für die Erstellung von Leitungen und Bauten der Energie- und Trinkwasserversorgung ist im ganzen Kanton unentgeltlich.

§ 12. Die Landgemeinden sind anzuhören, wenn ihre Allmend in Anspruch genommen werden soll.

2. Anschluss im allgemeinen

§ 13. Alle Grundstücke, die nach dem massgebenden Recht zur Überbauung bestimmt sind, müssen an die Energie- und Trinkwasserversorgungsnetze angeschlossen werden.

² Ausnahmen sind zulässig in Fällen privater Versorgungsanlagen, die den gesetzlichen Anforderungen genügen; sie werden vom zuständigen Departement bewilligt.

§ 14. Die Versorgungsnetze und -anlagen, die Anschlussleitungen bis zur Übergabestelle und die Messeinrichtungen werden vom Kanton erstellt und unterhalten.

² Sie stehen im Eigentum des Kantons.

³ Bei Erstellung und Unterhalt ist den berechtigten Interessen der Grundeigentümer Rechnung zu tragen.

3. Anschluss an Fernwärme- und Gasversorgungsnetze

§ 15. Neubauten im Nahbereich der Fernwärmeversorgung sind an deren Netz anzuschliessen, ebenso bestehende Bauten, wenn ihre Heizungsanlage erneuert oder wesentlich geändert wird.

² Ausserhalb des Nahbereichs der Fernwärmeversorgung kann der Anschluss an die Gasversorgung zu Heizzwecken vorgeschrieben werden.

§ 16. Von der Anschlusspflicht sind Bauten ausgenommen, die auf besonders umweltschonende Weise durch private Anlagen beheizt werden, insbesondere durch

- a) Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen;
- b) Anlagen, die mit Abwärme-, Sonnen- oder Umweltenergie betrieben werden;
- c) liegenschaftsübergreifende Gemeinschaftsanlagen.

² Weitere Systeme sind vom Regierungsrat durch Verordnung zu bezeichnen.

§ 17. Auf den Anschluss an Gas- und Fernwärmeversorgung besteht kein Anspruch.

4. Anschlusskosten

§ 18.²⁾ Die Kosten für Erstellung, Erweiterung, Unterhalt, Abbruch und Erneuerung der Anschlussleitungen von der Parzellengrenze bis zur Übergabestelle gehen, unter Vorbehalt von § 10, zu Lasten des Grundeigentümers.

² Ferner kann ein Teil der Kosten für die Erstellung und die Erweiterung des Versorgungsnetzes infolge eines neuen oder zu verstärkenden Anschlusses den betreffenden Grundeigentümern belastet werden.

³ Die Kosten können pauschal berechnet werden.

⁴ Der Regierungsrat bestimmt die Fälligkeitstermine durch Verordnung.

§ 19. Die Erstellung des Anschlusses kann von der Vorauszahlung eines Teils der Anschlusskosten abhängig gemacht werden.

§ 20. Der Grundeigentümer, der die Verlegung oder Entfernung von Anschlussleitungen veranlasst, hat hierfür die ganzen Kosten zu tragen.

III. LIEFERUNG UND BEZUG

1. Lieferung

§ 21. Der Kanton liefert den Benützern in den mit Versorgungseinrichtungen erschlossenen Gebieten Energie und Trinkwasser nach Massgabe der verfügbaren Menge und im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Versorgungsanlagen.

§ 22. Der Kanton trifft im Falle von Lieferungsschwierigkeiten Vorkehren für die Aufrechterhaltung der Versorgung in der Reihenfolge der Dringlichkeit.

² Er berücksichtigt bei der Verteilung von Energie und Trinkwasser angemessen die den Benützern bisher gelieferten oder vertraglich zugesicherten Mengen.

§ 23. Unterbrechungen der Versorgung infolge notwendiger Arbeiten, höherer Gewalt, Mangel an Energie und Trinkwasser oder anderer aussergewöhnlicher Ereignisse sowie durch Betriebsstörungen geben keinen Anspruch auf Entschädigung.

§ 24. Die Lieferung von Energie und Trinkwasser kann eingestellt werden,

- a) wenn nach der zweiten Mahnung eine rechtskräftig festgesetzte Gebühr nicht bezahlt wird, sofern die Einstellung der Lieferung für Dritte, die in keinem Benützungsverhältnis zum Kanton stehen, keine unzumutbare Härte bedeutet;

²⁾ § 18: Abs. 2 eingefügt durch GRB vom 16. 12. 1992 (wirksam seit 31. 1. 1993). Dadurch wurden die bisherigen Abs. 2 und 3 zu Abs. 3 und 4. Abs. 3 (bisher Abs. 2) in der Fassung des vorgenannten GRB.

- b) wenn der Benutzer die geltenden Vorschriften über die Versorgung mit Energie und Trinkwasser verletzt.

2. Benützungsverhältnis

§ 25. Das Verhältnis zwischen Benutzer und Kanton ist öffentlich-rechtlich.

² Ausser Grundeigentümern können namentlich Mieter und Unternehmer das Benützungsverhältnis eingehen.

§ 26. Das Benützungsverhältnis beginnt mit der Erteilung der Anschlussbewilligung oder spätestens mit dem Bezug von Energie und Trinkwasser.

² Die Benutzer sind verpflichtet, sich bei den IWB rechtzeitig an- und abzumelden.

3. Verträge mit ausserkantonalen Gemeinden

§ 27. Öffentlich-rechtliche Verträge mit Gemeinden ausserhalb des Kantonsgebietes über die Lieferung von Energie und Trinkwasser werden vom Regierungsrat genehmigt.

² Die Verträge regeln auch die Erhebung der von den Benützern dem Kanton Basel-Stadt geschuldeten Abgaben.

IV. BESONDERE PFLICHTEN

1. Duldungspflicht

§ 28. Die Grundeigentümer haben alle Eingriffe in ihr Eigentum, die mit der Energie- und Trinkwasserversorgung notwendigerweise im Zusammenhang stehen und die im öffentlichen Interesse vorgenommen werden, gegen Ersatz des dadurch verursachten Schadens zu dulden.

² Die Entschädigung wird nach Enteignungsgrundsätzen gemäss dem für die Enteignung massgebenden Recht festgesetzt.

2. Haftung

§ 29. Der Grundeigentümer haftet für allen Schaden, der an den Anschlussleitungen und Messapparaten im Bereich seines Grundstücks entsteht.

² Er kann sich von dieser Haftung durch den Nachweis befreien, dass ihn kein Verschulden trifft oder dass der Schaden auch ohne sein Verschulden verursacht worden wäre.

§ 30. Der Kanton haftet für Schäden, die Grundeigentümern oder Benützern durch den Betrieb von Anschlussleitungen und Messapparaten entstehen.

² Ausgeschlossen ist die Haftung für Schäden, die durch höhere Gewalt verursacht werden.

V. PREISE UND GEBÜHREN

1. Begriffe

§ 31. Preise und Tarife umschreiben die für den Bezug einer Messeinheit eines Produktes allgemein zu bezahlenden Beträge.

² Eine Gebühr ist die Abgabe, die der Benützer im Einzelfall gemäss Rechnungsbetrag zu bezahlen hat.

2. Zuständigkeit

§ 32. Der Regierungsrat beschliesst die Preise und Tarife auf Antrag der Werkkommission in besonderen Verordnungen.

3. Grundsätze

§ 33. Die Preise für jedes Produkt bemessen sich nach den jeweiligen Aufwendungen.

² Zu den Aufwendungen zählen der Betrieb und Unterhalt der Anlagen, der Ankauf von Energie und Trinkwasser, die Verzinsung und Abschreibungen sowie die Absicherung von Risiken.

§ 34. Die Preise sollen so bemessen werden, dass die Einnahmen die Aufwendungen der Versorgung insgesamt decken.

² Die Unterdeckung der Aufwendungen für einzelne Produkte ist zulässig, sofern dies zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit im Interesse des Umweltschutzes notwendig ist.

³ Einzelne Produkte dürfen zu folgenden Zwecken stärker belastet werden:³⁾

a) Ausgleich der Kosten zwischen den einzelnen Produkten (§ 34 Abs. 2);

b) Ermöglichung des Überschusses (§ 7a);

c) Strompreiszuschlag^{3a)} gemäss § 16 des Energiegesetzes.

4. Ausgestaltung der Preise

§ 35. Die Preise der einzelnen Produkte bestehen aus einem Grundpreis und einem Einheitspreis.

§ 36. Die Grundpreise werden aufgrund eines der folgenden Kriterien festgelegt:

a) installierte Leistung,

b) gemessene Leistung,

c) Zählergrösse.

² Für Benützer mit geringem Verbrauch kann der Grundpreis pauschaliert werden.

³⁾ § 34 Abs. 3 beigelegt durch GRB vom 16. 12. 1992 (wirksam seit 31. 1. 1993); Abs. 3 lit. c in der Fassung von § 34 Energiegesetz vom 9. 9. 1998 (wirksam seit 1. 4. 1999, SG 772.100).

^{3a)} § 34 Abs. 3 lit. c: Jetzt «Förderabgabe».

§ 37. Die Einheitspreise werden aufgrund folgender Bezugskriterien festgelegt:

- a) Art,
- b) Tageszeit,
- c) Jahreszeit.

§ 38. Für besondere Formen der Energie- und Trinkwasserbereitstellung, welche einen ausserordentlichen technischen oder wirtschaftlichen Aufwand erfordern, kann ein zusätzlicher, einmaliger oder wiederkehrender Betrag erhoben werden.

4a. Besondere Grundsätze für die Ausgestaltung der Strompreise⁴⁾

§ 38a.⁵⁾ Grundpreise dürfen nur als Leistungspreise für industrielle und gewerbliche Bezüger erhoben werden.

² Sockeltarife, die an die Gebühr angerechnet werden, sind für alle Benutzer zulässig.

³ Die Einheitspreise sind verbrauchsunabhängig zu gestalten.

§ 38b.⁶⁾ Soweit technisch möglich sollen Wintertarife höher sein als Sommertarife.

§ 38c.⁷⁾ Tarifordnungen sind öffentlich.

§ 38d.⁸⁾ Diese Grundsätze gelten für in- und ausländische Anbieter, die im Kanton Elektrizität verkaufen.

5. Ermittlung der massgeblichen Daten

§ 39. Die für die Berechnung der Gebühren massgeblichen Daten werden durch Messapparate ermittelt, die vom Kanton geliefert, installiert und unterhalten werden.

§ 40. Ist die Zähleranzeige unrichtig, so werden die massgeblichen Daten durch Schätzung ermittelt und durch Verfügung festgesetzt.

² Für die Schätzung ist grundsätzlich die letzte vor der Feststellung des Fehlers abgelesene Zähleranzeige massgebend.

⁴⁾ Untersabschnitt 4a und §§ 38a–38d eingefügt durch § 34 Energiegesetz vom 9. 9. 1998 (wirksam seit 1. 4. 1999, SG 772.100).

⁵⁾ § 38a: Siehe Fussnote 4.

⁶⁾ § 38b: Siehe Fussnote 4.

⁷⁾ § 38c: Siehe Fussnote 4.

⁸⁾ § 38d: Siehe Fussnote 4.

VI. RECHNUNG UND EINSPRACHE

1. Rechnung

§ 41. Die Gebühren für Anschluss und Bezug werden durch Rechnung festgesetzt.

2. Einsprache

§ 42. Gegen die Rechnung kann der Benützer innert 30 Tagen nach ihrer Eröffnung mit schriftlicher Begründung Einsprache erheben.

² Der Entscheid über die Einsprache erfolgt durch den Erlass einer rekursfähigen Verfügung.

³ Nach unbenütztem Ablauf der Einsprachefrist haben die Gebührenfestsetzungen die Rechtswirkung von vollstreckbaren Verfügungen.

VII. EINRICHTUNGEN IM ÖFFENTLICHEN UND IN PRIVATEM GEBRAUCH

1. Öffentliche Beleuchtung, öffentliche Uhren und öffentliche Brunnen

§ 43. Der Kanton sorgt für die öffentliche Beleuchtung, die öffentlichen Uhren und öffentlichen Brunnen.

² Ausserhalb der Stadt Basel kann der Regierungsrat diese Aufgaben den Gemeinden übertragen.

³ Die Aufwendungen für Erstellung, Unterhalt, Betrieb, Energie und Trinkwasser gehen zu Lasten der IWB-Rechnung.⁹⁾

2. Hausinstallationen

§ 44.¹⁰⁾ Hausinstallationen für die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Trinkwasser erstellen, ändern und reparieren darf nur, wer eine Bewilligung besitzt.

² Die Bewilligung wird von den IWB erteilt.

³ Die IWB führen ein öffentliches Verzeichnis der konzessionierten Unternehmen.

§ 45. Die IWB erlassen die Vorschriften, die für die technische Durchführung der Hausinstallationen erforderlich oder zur Ergänzung des Bundesrechts und der Vorschriften der einschlägigen Fachverbände notwendig sind.

§ 46. Zuständig für die Kontrolle der Hausinstallationen sind die IWB.

² Mit dieser Kontrolle übernimmt der Kanton keine Haftung.

⁹⁾ § 43 Abs. 3 in der Fassung des GRB vom 16. 12. 1992 (wirksam seit 31. 1. 1993).

¹⁰⁾ § 44 in der Fassung des GRB vom 16. 12. 1992 (wirksam seit 31. 1. 1993).

VIII. ÜBERTRAGUNG VON AUFGABEN AN DRITTE

§ 47. Der Regierungsrat kann die Erfüllung einzelner Aufgaben der Energie- und Trinkwasserversorgung den Landgemeinden und privaten Institutionen bewilligen, wenn daran ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Die Bestimmungen dieses Gesetzes und seiner Ausführungserlasse sind bindend.

² Vorbehalten sind die Energie- und die Wassernutzungsgesetzgebungen.

³ Die Aufgabenerfüllung durch die Bewilligungsempfänger steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Er kann sie den IWB übertragen.

⁴ Die Bewilligung kann widerrufen werden, wenn der Bewilligungsempfänger die gesetzlichen Vorschriften oder verfügte Auflagen missachtet. Eine Entschädigung ist nicht geschuldet.

IX. WERKKOMMISSION

1. Bestand und Wahl

§ 48. Dem zuständigen Departement wird eine Kommission beigegeben.

§ 49.¹¹⁾ Die Kommission besteht aus zwölf vom Grossen Rat jeweils für vier Jahre gewählten Mitgliedern, Vertretern und Vertreterinnen der ausserkantonalen Konzessionsgemeinden sowie dem Vorsteher bzw. der Vorsteherin des zuständigen Departements.

² Eines der Mitglieder wird auf den Vorschlag des Personals der IWB gewählt.

³ Der Vorsteher des zuständigen Departements ist Präsident der Kommission.

⁴ Die Anzahl der Vertreter und Vertreterinnen der ausserkantonalen Konzessionsgemeinden richtet sich nach dem jeweils in diesen Gemeinden erzielten frankenmässigen Umsatz der IWB, wobei der Umsatz der IWB im Kanton Basel-Stadt jedenfalls zwölf Sitze ergibt.

2. Beschlussfähigkeit

§ 50.¹²⁾ Die Kommission ist beschlussfähig, wenn der Präsident oder der Vizepräsident bzw. die Präsidentin oder die Vizepräsidentin sowie mindestens sieben weitere Mitglieder anwesend sind.

¹¹⁾ § 49: Abs. 1 in der Fassung des GRB vom 14. 9. 1994 (wirksam seit 30. 10. 1994); Abs. 4 beigelegt durch denselben GRB.

¹²⁾ § 50 in der Fassung des GRB vom 14. 9. 1994 (wirksam seit 30. 10. 1994).

3. Aufgaben

§ 51. Die Kommission hat dem Regierungsrat zuhänden des Grossen Rates über den Voranschlag, den Jahresbericht mit den Planungsschwerpunkten für die kommenden Jahre und die Jahresrechnung der IWB Antrag zu stellen.

² Über die Festlegung der Preise und Tarife sowie über die Lenkungsabgabe gemäss Energiegesetz stellt sie dem Regierungsrat Antrag.¹³⁾

³ Die Kommission kann sich gegenüber dem Regierungsrat zu weiteren Fragen vernehmen lassen, die Gegenstand dieses Gesetzes sind.

4. Verbindlichkeit der Anträge

§ 52. Der Regierungsrat kann die Anträge der Kommission betreffend die Festlegung der Preise und Tarife nur als Ganzes gutheissen oder ablehnen.

X. ERGÄNZENDE VORSCHRIFTEN

§ 53. Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Übergangs- und Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungswege.

² Er kann den Erlass von untergeordneten oder rein technischen Vorschriften dem zuständigen Departement übertragen. Das Departement kann diese Befugnisse den IWB übertragen.

XI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

1. Änderungen bisherigen Rechts

§ 54.¹⁴⁾

2. Aufhebung bisherigen Rechts

§ 55. Das Gesetz vom 8. März 1900 betreffend das Gas- und Wasserwerk und das Elektrizitätswerk wird aufgehoben.

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit.¹⁵⁾

¹³⁾ § 51 Abs. 2 in der Fassung von § 34 Energiegesetz vom 9. 9. 1998 (wirksam seit 1. 4. 1999, SG 772.100).

¹⁴⁾ § 54 (Änderung anderer Erlasse) wird hier nicht abgedruckt.

¹⁵⁾ Wirksam seit 1. 8. 1988.